

YOUNAS A. CHOWDHRY

NEUER DEMOKRATISCHER SPIELRAUM IN PAKISTAN

DIE SITUATION NACH DEN WAHLEN AUS LINKER PERSPEKTIVE

Mit den Wahlen 2013 sind in Pakistan die rechts-konservativen Parteien wieder erstarkt. Der Bedeutungsverlust der historisch im Mitte-Rechts-Spektrum positionierten Pakistanischen Volkspartei (Pakistan Peoples' Party – PPP) bei den jüngsten Wahlen und die Konsolidierung der Position des neoliberalen und unternehmerfreundlichen Nawaz-Bündnisses in der Nationalversammlung stellen erhebliche Herausforderungen dar – sowohl für die Linke als auch für liberale Kräfte. Noch steht Pakistans junge Demokratie vor zahlreichen politischen Herausforderungen. Dessen ungeachtet ist jedoch festzuhalten, dass in Pakistans politischer Geschichte ein Paradigmenwechsel stattgefunden hat. Das neue politische Klima im Land sollte daher auch aus dieser Perspektive betrachtet werden. Der vorliegende Artikel analysiert die Herausforderungen, denen sich die junge Demokratie stellen muss, die Dynamik des politischen Systems und die Position der pakistanischen Linken innerhalb dieses politischen Rahmens.

DIE WAHLEN VOM MAI 2013

Das Ergebnis der Wahlen 2013 hat viele Menschen überrascht. Der Sieg der Muslimliga Pakistans (PML-N) unter der Führung von Nawaz Sharif war für viele vermutlich ein Schock, vor allem, weil sowohl die traditionellen als auch die neuen sozialen Medien stets vorhergesagt hatten, dass eine Welle der Veränderung das Land im Sturm nehmen und ein «neues Pakistan» hervorbringen würde. Die pakistanischen Medien, die oft gemeinsam mit den erst in jüngster Zeit politisch aktiven Intellektuellen der Mittelschicht als politische Kraft agieren, sahen zu diesem Zeitpunkt in der Pakistanischen Bewegung für Gerechtigkeit (Pakistan Tehreek-e-Insaf – PTI) den voraussichtlichen Wahlsieger. Der Wahlkampflogan dieser Partei war «Naya Pakistan» (Neues Pakistan), und als wichtigstes Ziel hatte sie die Beseitigung der Korruption im Land ausgegeben. Doch das Endergebnis sah anders aus: Die meisten Sitze in der Nationalversammlung wurden von einer traditionellen Partei (PML-N) errungen, während PPP und PTI – mit erheblichem Abstand – nur zweit- bzw. drittstärkste Kraft wurden.

Die im Wahlkampf zu Tage tretenden Dynamiken der politischen Machtverteilung sind jedoch nuancenreicher als gemeinhin angenommen. An dieser Stelle soll weder auf weitergehendere Details noch auf die strukturellen Probleme eingegangen werden, vor denen jeglicher auf einen Wandel abzielende politische Neubeginn steht. Allerdings ist es von Bedeutung, die Herausforderungen nicht aus dem Blick zu verlieren, vor denen diese wachsende Demo-

kratie steht, sowie deren Auswirkungen auf die allgemeine politische Situation.

DIE GEFAHR EINER MACHTÜBERNAHME DURCH DAS MILITÄR

Bereits direkt nach der Unabhängigkeit Pakistans im Jahr 1947 nahm das Militär die Rolle eines Staates im Staate ein. Dabei agierte es häufig als eine vom Willen der gewählten Regierung völlig losgelöste politische Kraft.

Diktaturen waren – zuletzt unter dem Regime von General Musharraf (1999–2008) – traurigerweise ein bestimmender Teil der politischen Geschichte Pakistans. Jedoch ist die Herrschaft der Militärs seit dem Ende des Musharraf-Regimes völlig diskreditiert. Dies erschwert eine erneute Machtübernahme durch das Militär, da ihr die Unterstützung der Öffentlichkeit fehlt. Hinzu kommt, dass die Armee als Institution durch Skandale weiter an Ansehen verloren hat, vor allem in Verbindung mit ihrer Unfähigkeit, militärische Einrichtungen vor den Angriffen militanter Kräfte zu schützen. Darüber hinaus ist auch die Militäroperation zur Tötung von Osama Bin Laden im Herzen Pakistans wiederholt Anlass zur Kritik an der Armee gewesen. Doch selbst ohne die Ausübung direkter Macht hat sich das Militär tief im Staatswesen verankert und beeinflusst die Innen- und Außenpolitik weiterhin durch seine Geheimdienste wie dem Inter-Services Intelligence (ISI) und dem Military Intelligence (MI). Aktuell könnte die Situation so beschrieben werden, dass das Militär die demokratische Entwicklung und den Übergang zur Demokratie «zulässt».

Die Möglichkeiten des Militärs, die Macht wieder zu übernehmen, werden zudem durch den Einfluss der Vereinigten Staaten in der Region begrenzt. Die durch das Kerry-Lugar-Gesetz¹ an Bedingungen geknüpften Hilfszahlungen für Pakistan über den Coalition Support Fund (CSF) und andere Fonds, halten das Militär in Schach. Teile dieser Bedingungen sind nämlich an die Nicht-Übernahme der Macht durch das Militär geknüpft. Doch angesichts des möglichen Rückzugs der Vereinigten Staaten aus Afghanistan und einem veränderten, nunmehr verstärkt auf innenpolitische Belange konzentrierten Fokus der US-Regierung, ist unklar, ob die USA ihre Haltung beibehalten werden.

REGIONALE ZUSAMMENARBEIT ALS ENTWICKLUNGSHerausforderung

Regionale Zusammenarbeit ist grundlegender Bestandteil von Entwicklung – Pakistan ist Mitglied der Südasiatischen Vereinigung für regionale Kooperation (South Asian Association for Regional Cooperation – SAARC)². Doch angesichts der Tatsache, dass Pakistan und Indien die Hauptakteure dieses Bündnisses sind, besteht die südasiatische Regionalkooperation im Grunde genommen aus der Kooperation zwischen den beiden Nachbarstaaten. Pakistan und Indien haben drei Kriege gegeneinander geführt und in der Grenzregion kommt es regelmäßig zu kleineren Scharmützeln zwischen beiden Armeen. Jegliche Aussöhnungsbemühungen seitens politischer oder diplomatischer Kreise werden gegenwärtig jedoch durch Angriffe nichtstaatlicher Akteure (militante islamistische Organisationen) torpediert, die mutmaßlich unter dem Einfluss der pakistanischen Armee stehen.³ Als Folge davon drohen übergeordnete Konflikte, wie etwa der Indus-Wasservertrag,⁴ der Regionalhandel und die Stromversorgung über Staaten aus der Region, in den Hintergrund gedrängt zu werden. Die Kaschmir-Frage ist ein weiterer Streitpunkt, der angesichts unzureichender diplomatischer Kanäle zwischen beiden Ländern häufig zu kurz kommt. Ein weiterer Aspekt ist die aus der spezifischen Situation genährte Daseinsberechtigung der pakistanischen Armee: Mit der mutmaßlichen Bedrohung durch Indien kann die pakistanische Armee die Priorität des Verteidigungshaushalts bei Budgetentscheidungen sichern. Das würde sich bei einer Normalisierung der Beziehungen zwischen Indien und Pakistan ändern. Daher ist davon auszugehen, dass das Militär selbst einer der Hauptakteure in diesem Prozess ist. Ob dessen Führung davon überzeugt werden kann, an der regionalen Zusammenarbeit mitzuwirken, ist jedoch fraglich.

DIE INNENPOLITISCHE KRISE UND DIE ERWARTUNGEN DER WÄHLERSCHAFT

Auf die neu gewählte Sharif-Regierung warten eine Menge innenpolitischer Herausforderungen, die gut aufeinander abgestimmte politische Maßnahmen erfordern. Denn öffentlich scheint bislang nichts unternommen worden zu sein, um die Energiekrise, die Probleme bei der inneren Sicherheit im ganzen Land und die Probleme mit militanten Gruppierungen zu lösen.

Pakistan kämpft mit schweren Mängeln bei der Energieversorgung. Die Privathaushalte erleben Stromausfälle von durchschnittlich mehr als 12 Stunden pro Tag. Aus unternehmerischer Perspektive hat dies die Textilindustrie – eine Schlüsselindustrie für Pakistan – schwer getroffen, denn in der Folge sind Investitionen wie auch die Industrie selbst nach Bangladesch abgewandert, wo Steuererleichterungen

locken und Strom zudem noch billiger ist. Diese Entwicklung betrifft sowohl die Arbeit in lokalen Betrieben wie auch den Heimarbeitsmarkt. Ein anderes Thema, mit dem lokale UnternehmerInnen ihre Kapitalabwanderung begründen, ist das Präferenzhandelsabkommen zwischen Bangladesch, den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union. Dieses Abkommen erleichtert den Vertragspartnern den gegenseitigen Zugang zu ihren jeweiligen Märkten. Laut einer vor kurzem veröffentlichten Schätzung der Regierung stehen 40 Prozent der pakistanischen Webstühle mittlerweile in Bangladesch. Der Hauptgrund hierfür ist die schlechte Stromversorgung. Die Energiekrise ist eine direkte Folge der Verschuldungskette. Dieses Problem entstand durch ausstehende Zahlungen der Regierung an unabhängige Stromerzeuger während des Musharraf-Regimes. Interessanterweise ist die Unfähigkeit der PPP-Regierung zur Bewältigung der Energiekrise, einer der Hauptgründe dafür, dass sie nicht wiedergewählt wurde.

Die brenzlige Sicherheitslage in Pakistan, vor allem in Karachi und Quetta, verhindert ausländische Investitionen in der Region. Insbesondere Karachi leidet unter den Mordanschlägen rivalisierender politischer Gruppen. In Quetta kämpft eine nationalistische Bewegung der Belutschen weiterhin gegen die Armee, während militante Splittergruppen einen Genozid an den Hazara verüben.

Die Angriffe militanter Gruppierungen im Norden sind in den letzten fünf Jahren unvermindert fortgesetzt worden. Gerüchten zufolge gibt es sogar ein Angebot der Regierung zu Friedensgesprächen. Angesichts der Ergebnisse vergangener Annäherungsversuche könnte dies jedoch sehr problematisch werden.⁵ In Pakistan sind die Taliban anders organisiert als in Afghanistan. Sie agieren in Pakistan als ein Bündnis verschiedener Gruppen unter dem Dach der Tehrik-e-Taliban Pakistan (TTP). Deren Agenda bezieht sich weitestgehend auf Pakistan. Die TPP ist für einen Großteil der politischen Gewalt sowohl im Norden als auch in anderen Landesteilen verantwortlich. Die neue Regierung hat die Möglichkeit eines Friedensabkommens angedeutet. Doch angesichts früherer Erfahrungen bleibt unklar, ob mit einem derartigen Abkommen sichergestellt werden kann, dass militante Gruppierungen ihre Angriffe einstellen.

In der Wahrnehmung der breiten Massen hat das Bild der Regierung vor allem unter der Unfähigkeit zur Lösung dieser Probleme gelitten, und ein bedeutender Teil der Öffentlichkeit wünscht sich eine unverzügliche Lösung. Eine derart oberflächliche Beurteilung der Regierung könnte indes der Armee genau die Vorlage liefern, die sie für einen Putsch benötigt. In der Vergangenheit hat sie das bereits unter der

¹ Dabei handelt es sich um ein vom US-Kongress verabschiedetes Gesetz, mit dem für Pakistan 1,5 Mrd. US-Dollar an zivilen Hilfen für den Zeitraum von 2010 bis 2014 bewilligt wurden. ² Weitere SAARC-Mitgliedsstaaten sind Indien, Sri Lanka, Bangladesch, Afghanistan, Bhutan, Nepal und die Malediven. ³ Der jüngste Fall war ein terroristischer Anschlag in Mumbai (2008), der von der militanten Gruppierung Lashkar-e-Taiba (LeT) verübt wurde, die derzeit meist als Jamat-ud-Dawa-Gruppe bekannt ist. Die LeT wurde von der pakistanischen Armee als Erfüllungsgehilfe in der Auseinandersetzung mit Indien ins Leben gerufen. Hafiz Saeed, der Chef dieser Gruppe, kann sich völlig unbehelligt durch Pakistan bewegen und wird vermeintlich durch den Geheimdienst ISI geschützt. ⁴ Der Indus-Wasservertrag regelt die Wassernutzung zwischen Indien und Pakistan. Der Fluss fließt vom indischen Indus-Becken nach Pakistan. Pakistan bekämpft gegenwärtig den Bau von Staudämmen am Indus und an dessen Nebenflüssen auf indischer Seite, die durch die Region Kaschmir weiter nach Pakistan fließen. ⁵ Nach einem einmonatigen Aufstand in der Swat-Region (Malakand) unterzeichnete die Regierung im Jahr 2009 ein Friedensabkommen mit den militanten Gruppierungen, mit dem sie ihnen das Gebiet überließ und die Einrichtung islamischer Gerichte sowie einer Parallelregierung erlaubte. Dies führte zu einem Regime des Terrors in der Region. Schon bald darauf brachen die militanten Gruppierungen das Abkommen, indem sie einen Angriff im Distrikt Buner verübten, der außerhalb des ihnen zugestandenen Territoriums liegt. Darauf reagierte die Regierung mit einer bis heute andauernden militärischen Offensive.

«Doktrin der Notwendigkeit» getan. Für das Militär böte sich so die Möglichkeit zur Rückkehr auf die politische Arena als willkommener «Retter».

DIE POSITION DER GEWERKSCHAFTEN UND DER LINKEN

Seit den 1980er Jahren und der Militärregierung unter Zia-ul-Haq unterliegt Pakistan dem Regime der Strukturanpassungspolitik des Internationalen Währungsfonds (IWF). Dieses sieht vor, dass das Land sein Haushaltsdefizit verringert. Da es am Verteidigungsbudget keinerlei Kürzungen gab, wurde bei den Entwicklungsausgaben gespart, etwa bei den Mitteln für Schulen, Krankenhäuser und anderen Sozialausgaben, bzw. wurden staatliche Schlüsselindustrien aggressiv privatisiert. Mit einigen dieser Unternehmen wurde gar versucht, Profit zu machen. So war beispielsweise die Privatisierung der pakistanischen Telekommunikationsgesellschaft (Pakistan Telecommunication Corporation – PTCL) und deren Verkauf an eine in den Vereinigten Arabischen Emiraten ansässige Firma ein riesiger Skandal zu Zeiten der Musharraf-Regierung.⁶ An diesem Fall zeigt sich auch der anhaltende Trend zur Privatisierung wichtiger staatlicher Versorgungsunternehmen in Pakistan. Zudem wurde während der Musharraf-Regierung ein Erlass über die Beziehungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite (Industrial Relations Ordinance) beschlossen, der in der Privatwirtschaft Leiharbeit und befristete Verträge erlaubt. Das Gesetz ermöglicht es den beauftragten Firmen zudem, für die Erledigung von Aufträgen eigene ArbeiterInnen heranzuziehen. Das Gesetz reduziert daher die Verpflichtung von Unternehmen in den verschiedenen Industriezweigen, für das Wohlergehen der ArbeiterInnen zu sorgen. Gegenwärtig arbeiten in den meisten Fabriken Pakistans sowohl LeiharbeiterInnen als auch Festangestellte, wobei die Zahl derjenigen, die nicht fest angestellt sind, meist höher ist. Diese Situation hat die Macht der Gewerkschaften sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor empfindlich geschwächt. Es wird seine Zeit brauchen, bis sich die Gewerkschaften von diesem Schlag wieder erholt haben. Das Anwachsen der informellen Wirtschaft hat ebenfalls zu einem erheblichen Rückgang der gewerkschaftlichen Organisation geführt, und dieser Trend hat sich in den letzten zehn Jahren zusehends verstärkt. Eine Organisation in Unternehmen des informellen Sektors ist schwieriger zu bewerkstelligen. Zudem können in solchen, oft kleinen, Unternehmen Arbeitsrechte und die Möglichkeiten gewerkschaftlicher Organisation leicht unterlaufen werden.

Die Tradition einer linksgerichteten Politik in der pakistanischen Geschichte wird überschattet von US-freundlichen Militärregimes, die kommunistische Parteien, Gewerkschaften, bäuerliche Vereinigungen, Studentengruppen und andere progressive Kräfte mit aller Härte verfolgt haben. Linksgerichtete Gruppen wurden in der Geschichte des Landes immer wieder von Regierungen in den Untergrund gezwungen oder gleich ganz aufgelöst. In der Post-Sowjet-Ära sind von der Linken lediglich Fragmente verschiedener Gruppierungen übrig geblieben, die um Einfluss auf den Mainstream-Diskurs kämpfen. Interessanterweise hat es eine Veränderung hinsichtlich des jahrzehntelangen Ausschlusses der Linken gegeben. Die pakistanische Linke konnte größtenteils an den Wahlen von 2013 teilnehmen. Die bedeutensameren Parteien, wie etwa die Kommunistische Mazdoor-Kissan-Partei (Communist Mazdoor Kissan Party – CMKP),

die Kommunistische Partei Pakistans (Communist Party of Pakistan – CPP), die Awami Arbeiterpartei (Awami Worker's Party – AWP) und die Internationale Marxistische Tendenz (International Marxist Tendency – IMT), stellten landesweit in vielen Wahlkreisen KandidatInnen auf. Bemerkenswert war zudem die parteiübergreifende Geschlossenheit. Viele linke Parteien unterstützten häufig Wahlkampagnen anderer Parteien in den jeweiligen Wahlkreisen. Doch die Frage der Klassenzugehörigkeit ist noch immer ein wichtiger Faktor für den Ausgang pakistanischer Wahlen und die Ergebnisse haben bestätigt, dass die Linke als Ganzes noch nicht für einen Wettbewerb um Macht und Ämter gerüstet ist und dies auch noch eine Weile so bleiben wird. Die Ursache hierfür liegt nicht darin, dass es keine Verbindungen des linken Spektrums zu sozialen Bewegungen und Arbeitskämpfen gäbe, im Gegenteil: Das Ziel der Linken bei den jüngsten Wahlen lag einzig und allein darin, sich als Vertreterin dieser Bewegungen darzustellen und den linken Diskurs in verschiedene Sphären der Öffentlichkeit zu tragen. Doch angesichts der Milliarden Rupien, die von den Parteien des Status Quo ausgegeben wurden, verhallte die Stimme der Linken weitestgehend ungehört.

Die Zukunft der Linken hängt nun davon ab, kreative Ansätze zu finden und neue Analysen zu erarbeiten, um die Barrieren zwischen den Klassen aufzubrechen und dadurch den eigenen Positionen im Mainstream-Diskurs mehr Gewicht zu verschaffen. Hierfür bedarf es eines besseren Verständnisses der Klassenstrukturen in Pakistan, insbesondere bezogen auf die informelle Wirtschaft. Zudem müssen Bündnisse, wenn nicht gar eine starke Einheit, zwischen den Parteien geschaffen und dieser neue demokratische Raum als Ansatz für eine geeinte Front genutzt werden, um gemeinsame Themen effektiver angehen zu können.⁷

KONTEXT UND PERSPEKTIVEN DES DEMOKRATISIERUNGSPROZESSES

Die Geschichte der pakistanischen Politik sollte als Kontinuum betrachtet werden. Deshalb sollten der im Jahr 2007 von General Musharraf verhängte Ausnahmezustand und die daraufhin entstehende Anwaltsbewegung (Lawyer's Movement) zur Wiederherstellung der demokratischen Ordnung in Pakistan bei diesen Betrachtungen nicht aus dem Blickfeld geraten. Dieser Bewegung gelang die Absetzung eines Diktators. Seither ist in Pakistan viel geschehen. Die Wahlen vom 11. Mai 2013 stellten für die Bewegung einen Höhepunkt der Bemühungen dar, derentwegen sie sich gegründet hatte: der Schaffung eines Demokratisierungsprozesses. In Pakistan fand zum allerersten Mal ein demokratischer Transitionsprozess statt. Auch wenn es – insbesondere angesichts der allgemeinen Tendenz im In- und Ausland, die Perspektive eines historischen Kontinuums beim Blick auf Pakistan auszuschließen – vielleicht nur eine kleine Veränderung zu sein scheint, so hat diese Entwicklung doch einige

⁶ Die Privatisierung der PTCL hatte auch die Entlassung von 60 Prozent der Angestellten (von insgesamt 65.000 MitarbeiterInnen) sowie die Anstellung von Leih- und ZeitarbeiterInnen zur Folge. Eine der mächtigsten Gewerkschaften des Landes wurde auf diese Weise massiv geschwächt. ⁷ Ein Beispiel dafür, wie der Diskurs des linken Flügels auf kreative Art und Weise aktuell und mainstream-tauglich gemacht werden kann, ist die Strategie der CMKP mit ihrer kulturellen Bewegung LAAL (zu Deutsch: Netzwerk). Diese Bewegung fungiert als kulturelles Dach mit einer Band, einem Theater, einer großen Präsenz und Vernetzung im Bereich der sozialen Medien, RegisseurInnen von Spiel- und Dokumentarfilmen, AutorInnen aus der Arbeiterklasse sowie einer Jugendgruppe. Diese Initiative hat den Diskurs des linken Spektrums einer breiten Öffentlichkeit wieder ins Bewusstsein gebracht und den Sozialismus attraktiv gemacht. Andere Organisationen haben diese Vorgehensweise aufgegriffen, so dass auch dort eine ähnlich gelagerte Neuorientierung stattfindet.

Bedeutung für die Menschen in Pakistan und insbesondere für die pakistanische Linke.

Erstens muss dabei bedacht werden, dass – unabhängig von den Wahlergebnissen – das System einer zivilen Regierung an die erste Stelle gerückt ist. Wenn WählerInnen sich gestärkt fühlen und beginnen, größere Hoffnungen ins System zu setzen, wird sich in diesem System mit der Zeit ein eigener Prozess der gegenseitigen Kontrolle entwickeln. Wenn den an der Macht befindlichen PolitikerInnen bewusst ist, dass sie sich am Ende ihrer Amtszeit wieder den WählerInnen stellen müssen, anstatt von einem ambitionierten General gestürzt zu werden, so werden sie weiterhin etwas leisten wollen.

Zweitens werden viele PakistanerInnen – auch wenn die Wahlergebnisse für viele AnhängerInnen der Linken wie der Rechten nicht akzeptabel sind – weiterhin eine aktive Rolle einnehmen. Prozesse demokratischer Transition bieten einen neuen politischen Raum, um sich zu versammeln, zu organisieren und Dissens zu äußern. Der hiervon ausgehende Druck sollte aufrechterhalten werden, wann immer die aktuelle Regierung ihre Versprechen gegenüber der Bevölkerung bricht. Aufgabe der Linken ist es hierbei, den durch die Transition entstandenen Freiraum zu nutzen, um die Grenzen des gegenwärtigen politischen Systems aufzuzeigen und gleichzeitig den Diskurs zu Arbeitsfragen in den Vordergrund zu rücken. Jetzt ist der Zeitpunkt, die breite Öffentlichkeit zu or-

ganisieren und jene Alternativen zur Politik rechter Parteien anzubieten, die so lange gefehlt haben.

Drittens muss, auch wenn die gegenwärtige politische Führung aus linker Perspektive nicht ideal ist, diese dabei unterstützt werden, dass sie bis zum Ende der Legislaturperiode im Amt bleibt. Dies ist wichtig, weil die Erfahrung gezeigt hat, dass die Alternative für Pakistan normalerweise in einer Militärregierung besteht.⁸

Abschließend lässt sich sagen, dass ein Wandel, wie ihn sich viele für Pakistan wünschen, angesichts der gegenwärtigen politischen Kräfteverhältnisse zumindest nicht unmittelbar bevorsteht. Dennoch sollte anerkannt werden, dass den Menschen in Pakistan eine historische Entwicklung gelungen ist, die letztendlich in diese Richtung weisen könnte.

Younas Chowdhry ist ein politischer Aktivist aus Pakistan. Er ist Leiter des Laal-Theaters und Mitglied der Kommunistischen Mazdoor-Kissan-Partei (CMKP).

Kontaktaufnahme zu Younas Chowdhry ist per E-Mail unter folgender Adresse möglich: younas.chowdhry@gmail.com

⁸ Ein aktuelles Beispiel hierfür ist die durch die Justiz veranlasste Entlassung von Premierminister Yousaf Raza Gillani im Jahr 2012. Der aus derselben Partei stammende Pervez Ashraf wurde daraufhin ernannt, diesen Posten bis zum Ende der Amtszeit in 2013 zu bekleiden.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE international wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
V. i. S. d. P.: Henning Heine

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)

Redaktionsschluss: Oktober 2013

Übersetzung: Sebastian Landsberger/Bettina Hoyer (LinguaTransFair)

Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling